



Miriam Locher, Präsidentin der SP-Landratsfraktion

Es braucht andere Mehrheitsverhältnisse

Die rechte Mehrheit ist nicht gut für das Baselbiet. Das Durchzwängen der Machtpolitik schadet der Kompromiss- und Diskussionskultur im Parlament. Deshalb braucht es andere Mehrheitsverhältnisse. Dafür gibt es einige Beispiele: Für die Öffentlichkeit am augenfälligsten war die **Diskussionsverweigerung** der Rechten zum Abbau-Budget 2016 zu Beginn der Legislatur. Ohne Wortmeldungen der rechten Seite wurde jeder Budgetantrag abgelehnt, sogar jene, die zur Verbesserung des Budgets geführt hätten. Der Kadavergehorsam der rechten Ratsmitglieder unterband eine demokratische Diskussion. Nach einem gescheiterten Anlauf der Rechten für die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen für die Lehrpersonen zeigte die Rechte mit einem **Rückkommensantrag**, dass sie Niederlagen nicht akzeptieren kann. Auch die Blitz-Verfassungsänderung beim **Rasenmähergesetz** ohne Vernehmlassung, mit zwei Lesungen an einem einzigen Tag, zeigte, dass sorgfältige Politik bei der Ratsmehrheit nicht Programm ist. Die Machtarroganz der Rechten manifestierte sich auch bei der Mehrwertabgabe, wo lieber **für Grossinvestoren statt für die Gemeinden** und die Menschen politisiert wurde.

Für unsere Fraktion war und ist klar: Es braucht wieder eine Mehrheit, die Gestaltungswillen erkennen lässt. Gerade deshalb haben wir eine aktive Arbeit gemacht und klar die Alternativen zum Stillstand aufgezeigt. Exemplarisch aufzeigen lässt sich das auch anhand unserer **Vorstosspakete** zu den zentralen Themen der SP. Wir haben bereits 2015 diverse Vorstösse eingereicht, die zahlbaren Wohnraum für alle fordern und unsere Initiative «Wohnen für alle» mit der Parlamentsarbeit begleitet haben. Daneben haben wir auch wichtige Vorstosspakete zu den Bereichen Bildung, Soziales, ÖV, Familien, Integration und Ökologie eingereicht. So forderten wir eine bessere Vereinbarung von Familie und Beruf beispielsweise mittels eines Vaterschaftsurlaubs und eine Verbesserung der Betreuung in Kitas. Aber auch ein Glyphosat-Verbot wurde von uns eingebracht.

Die Mehrheiten waren in dieser Legislatur meist sehr deutlich. Trotzdem sind uns einige Erfolge gelungen. Einige Vorstösse aus den Vorstosspaketen wurden überwiesen. Mit jenen Vorstössen, welche nicht überwiesen wurden, zeigen wir einen klaren Gestaltungswillen und die unterschiedlichen Haltungen im Parlament auf. So bleibt zum Beispiel die Einführung eines Vaterschaftsurlaubs sehr wichtig, auch wenn das Parlament das nicht so sieht.

Wir haben mitgearbeitet, dass die **Leistungsvereinbarungen** der Präventionsangebote Frauenoase und des Zentrums Selbsthilfe erhalten werden können. Wir haben aufzeigen können: Prävention heisst langfristig sparen. Diverse **Angriffe auf das Kantonspersonal** konnte die SP mit Allianzen in die Mitte verhindern: 2016 konnte der Renten-Kompromiss und 2017 der Kündigungsschutz gesichert werden.

Auch die Überweisung der Standesinitiative für den **Erhalt der Poststellen** gegen den Willen der Regierung ist ein Erfolg und zeigt, dass die SP über die Parteigrenzen hinaus zusammenarbeiten kann. Beim **öffentlichen Verkehr** konnte dank dem Einsatz der SP die Streichung der Buslinien im Unterbaselbiet in der Debatte verhindert werden. Gleichzeitig wurde das Minimalangebot im



Oberbaselbiet nach jahrelanger Abbaupolitik wieder etwas ausgebaut. Gleichzeitig konnten Vorstösse für eine Buserschliessung in Aesch Nord und für eine Anschlussverbesserung der Buslinie 70 überwiesen werden. Auch konnte die Verlängerung der Tramlinie 14 aufgegleist werden. Und auch in Budgetdebatten konnten wir verschiedene kleinere Erfolge erzielen. So können zum Beispiel dank unseren Vorstössen künftig die Neophyten besser bekämpft werden und auch auf unseren Budgetantrag hin werden Stipendien weiter ermöglicht.

Die SP-Fraktion hat ihre **Oppositionsrolle** mit sehr grossem Engagement und Effort ausgefüllt. Diese Rolle haben wir uns nicht gewünscht – aber sie hat den Baselbieterinnen und Baselbietern gezeigt, wer auf welcher Seite steht. Wir sind die soziale Stimme für Zukunft statt Abbaupolitik. Es freut uns, dass dieser Kurs immer in Volksabstimmungen gestützt und bestätigt wurde.

Es muss wieder vorwärts gehen im Baselbiet. Deshalb braucht es andere Mehrheiten im Parlament und wieder eine SP-Regierungsbeteiligung. Eine gerechtere, ökologischere und sozialere Zukunft für das Baselbiet gibt es nur mit der SP.

Am 31. März 2019 haben die Menschen im Kanton die Wahl: Wollen wir weiterhin eine rechte Abbaupolitik und einen undemokratischen Wirtschaftskammer-Filz? Oder wollen wir ein Baselbiet, das in die Zukunft investiert? Ein Baselbiet mit guten Schulen, starkem öffentlichen Verkehr, bezahlbaren Prämien, geschützten Lebensräumen und bezahlbarem Wohnraum. Ein solches Baselbiet mit Zukunft statt Abbau gibt es nur mit einer starken SP. Nur mit uns.